



IST-Analyse

im Rahmen des Projekts „Ankommen in Stadtlohn“

erstellt von **ibis** Institut für interdisziplinäre Beratung und interkulturelle Seminare



Impressum

Stadt Stadtlohn

Der Bürgermeister

Markt 3

48703 Stadtlohn

Tel.: (02563) 870

Fax: (02563) 8781

E-Mail: info@stadtlohn.de

Internet: <http://www.stadtlohn.de>

Auswertung und Dokumentation der Umfrage:

İbis Institut für interdisziplinäre Beratung und interkulturelle Seminare

Am Grillopark 10

47169 Duisburg

Tel.: +49 203 519388-4

Fax: +49 203 519388-8

E-Mail: info@ibis-institut.de

Internet: <http://www.ibis-institut.de>

Veröffentlichung November 2011



gefördert vom
Ministerium für Arbeit,
Integration und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen



Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	4
2. Die Angebotssituation in Stadtlohn im Integrationsbereich.....	6
2.1 Angebotsbereiche	6
2.2 Zielgruppen	9
2.3 Wirksamkeit der Angebote	11
3. Künftige Bedarfe der Integrationsarbeit	14
3.1 Künftige Handlungsfelder.....	14
3.2 Künftige Zielgruppen nach Alter	15
3.3 Künftige Zielgruppen nach Herkunftsland	18
3.4 Ausweitung und Initiierung von Angeboten	20
4. Ausweitung und Initiierung von Angeboten in den Institutionen	24
5. Vernetzung im Integrationsbereich.....	26
6. Schaffung von Transparenz im Integrationsbereich	28
7. Rolle der Stadtverwaltung im Integrationsprozess	30



1. Einleitung

Die Stadt Stadtlohn hat 2011 ein kommunales Integrationsprojekt angestoßen, welches vom Land Nordrhein-Westfalen mit KOMM-IN Fördergeldern unterstützt wird. Ziel des bis Februar 2012 laufenden Projekts ist, ein Integrationskonzept zu erstellen, das für die Politik und Verwaltung ein nachhaltiges Steuerungsinstrument des Integrationsprozesses ist. Gleichzeitig soll das Konzept auch Grundlage für die weitere Arbeit aller AkteurInnen im Integrationsbereich in Stadtlohn sein, um ihre bereits gut implementierte Integrationsarbeit weiter zu optimieren und konkrete Projektanregungen zu bieten.

Um das Integrationskonzept mit Unterstützung und Mitwirkung aller AkteurInnen und interessierten BürgerInnen mit und ohne Migrationshintergrund zu erstellen, ist ein mehrstufiges, niederschwelliges Verfahren angedacht. Die vorliegende IST-Analyse stellt den ersten Schritt im Rahmen dieses Verfahrens dar.

Zur Erstellung dieser IST-Analyse wurde eine quantitative Umfrage nach der Methode der empirischen Sozialforschung unter 48 AkteurInnen der Integrationsarbeit in der Kommune durchgeführt. Kindertagesstätten, Schulen, Vereine (auch Migrantenselbstorganisationen), Kirchengemeinde und Religionsgemeinschaften (auch Migrantenselbstorganisationen) sowie freie Träger im Jugend- und Sozialbereich nahmen an der Umfrage teil; eine Migrantenselbstorganisation hat nicht geantwortet.

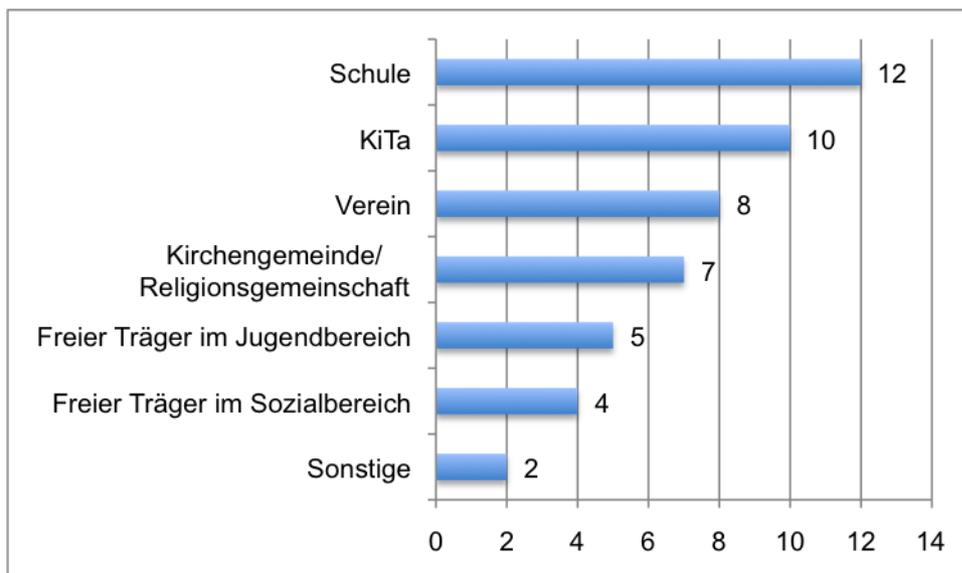


Abbildung 1: Institutionen, die an der Umfrage teilgenommen haben (die aufgeführten 48 Institutionen ergeben sich aus einer Doppelangabe einer Institution)



Unter dem Punkt „Sonstige“ wurden der Fachbereich Jugend und Familie des Kreises Borken, eine karitative Einrichtung und die Polizei befragt.

Neben den deutschen AkteurInnen haben auch fünf Migrantenselbstorganisationen (MSOs) an der Umfrage teilgenommen:

- zwei Moscheevereine
- ein deutsch-türkischer Kulturverein
- die chaldäische Gemeinde (zumeist Christen aus dem Irak)
- die aramäische Gemeinde (zumeist Christen aus der Türkei)

Parallel zur quantitativen Umfrage wurden zwölf ExpertInnen aus dem Integrationsbereich in Stadtlohn nach einer qualitativen Methode der empirischen Sozialforschung in 30-minütigen Gesprächen interviewt. Dazu gehörten VertreterInnen einer karitativen Einrichtung, vom Fachbereich Jugend und Familie des Kreises Borken, der Schulen, der VHS, der Kindertagesstätten, der Migrantenselbstorganisationen (MSOs), der freien Träger und eine Kulturbotschafterin. Außerdem wurde ein Gespräch mit den TeilnehmerInnen des interkulturellen Gesprächskreises für ausländische und deutsche Frauen geführt.

Die Ergebnisse der quantitativen Umfrage und der qualitativen Experteninterviews werden in der folgenden IST-Analyse zusammengefasst und vorgestellt. Ziel ist, ein möglichst umfassendes Bild der IST-Situation der Integration in Stadtlohn zu entwerfen sowohl hinsichtlich vorhandener Angebote wie auch von Herausforderungen und Bedarfen.

Die IST-Analyse wird allen AkteurInnen und interessierten BürgerInnen mit und ohne Migrationshintergrund bei einer Zukunftswerkstatt vorgestellt. Sie sind eine Grundlage zur Erarbeitung von weiteren Maßnahmen und Projektideen im Rahmen der Zukunftswerkstatt und daran anschließender Workshops, die in das Integrationskonzept einfließen werden.



2. Die Angebotssituation in Stadtlohn im Integrationsbereich

2.1 Angebotsbereiche

Der Schwerpunkt bei den Angeboten im Integrationsbereich in Stadtlohn liegt im Bereich der Sprachförderung. Insgesamt 17 KiTas und Schulen bieten im Rahmen ihres Regelangebots Sprachförderung an. Zusätzlich bieten zwei Schulen (Losbergschule und Geschwister-Scholl-Gymnasium) auch Sprachkurse an. Ergänzt werden muss hierzu das Angebot der VHS für erwachsene MigrantInnen mit momentan einem Integrationskurs in Stadtlohn und zwei Integrationskursen in Ahaus. Hinzu kommen drei weitere Sprachkurse im Bereich Deutsch als Fremdsprache (davon einer speziell für Frauen) in Stadtlohn und sechs Kurse in Ahaus.

Weitere Angebote werden im Bereich der Arbeit mit Familien gemacht. Hier engagieren sich neben den Schulen, den freien Trägern und den Kirchen insbesondere die Kindertageseinrichtungen. Auch zwei der fünf teilnehmenden MSOs gaben an, hier Unterstützung zu leisten (die ortsansässigen Moscheevereine).

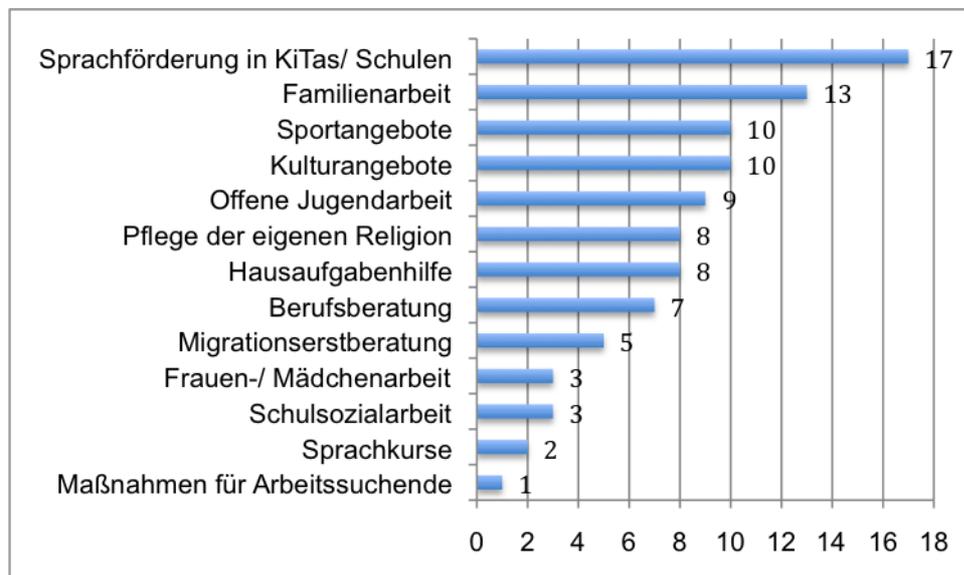


Abbildung 2: Anzahl der im Angebotsbereich tätigen Institutionen

Dicht gefolgt werden die Angebote in der Familienarbeit von Sport- und Kulturangeboten sowie der offenen Jugendarbeit. Jeweils zehn Institutionen bieten in Stadtlohn Sport- und Kulturangebote an. Neben den Schulen, Kindertagesstätten und freien Träger sind hier die Vereine aktiv, seien es deutsche Vereine oder, wie im Bereich der Kulturangebote, die MSOs.



Die offene Jugendarbeit wird insbesondere von den freien Trägern und Schulen geleistet. Eine Kirchengemeinde, der Kreis Borken und der islamische Kulturverein IGMG sind hier ebenfalls aktiv.

Neben den abgefragten Angeboten gaben einzelne Institutionen weitere Hilfestellungen und Unterstützungsangebote an:

Angebot	
Kleiderabgabe für Bedürftige	1
Gemeinsames Musizieren und musikalische Förderung	3
Muttersprachlicher Unterricht in Russisch, Türkisch und Arabisch	1
Karitative Hilfen	1
Sozialberatung	1
Schulung und Fortbildung von MultiplikatorInnen	1
Schulungen im Bereich erste Hilfe	1
Hauswirtschaftliche Hilfen	1
Ausrichtung eines institutionsinternen Runden Tisches	1

Tabelle 1: Weitere Angebote

Im Rahmen der Experteninterviews wurde ebenfalls auf verschiedene Angebote hingewiesen und z.T. die bereits in der Umfrage gemachten Informationen ergänzt und konkretisiert.

Zum einen stellten die ExpertInnen die Angebote innerhalb der eigenen Institution vor, für die sie tätig sind. So erwähnten die ExpertInnen der KiTas und Schulen noch einmal ausdrücklich die Sprachförderung innerhalb der eigenen Institution. Es finden z. B. an einer Hauptschule neben den regulären 17 Stunden Sprachförderung noch weiterer Förderunterricht statt, indem eine halbe Lehrerstelle kapitalisiert und dafür eine Fachkraft eingekauft wurde.

Die Expertin einer KiTa berichtete von dem großen Erfolg eines halbjährlichen Runden Tisches für Frauen mit Migrationshintergrund, bei dem die Frauen sich locker austauschen können.

Die Expertin der VHS merkte zudem an, dass es seit bereits 17 Jahren einen interkulturellen Gesprächskreis für Frauen, der sich 14tägig trifft.

Ein Vertreter einer MSO erzählte von der guten Zusammenarbeit mit dem Jugendwerk bei der Ausrichtung eines Multikulti-Fußballturniers.



Die Expertinnen der freien Träger wiesen darauf hin, dass sie zwar Angebote machten, aber Standorte und Anlaufstellen nicht in Stadtlohn seien. Dies sei jedoch kein grundsätzliches Problem, da man gerne bereit sei, vom eigenen Standort nach Stadtlohn zu kommen, wenn Bedarfe vorhanden seien: "In Stadtlohn machen wir Angebote nur nach Bedarf, d. h. wenn Klienten mich über eine andere Beratungsstelle wie die Erziehungsberatungsstelle "Beratungsstelle für Kinder Jugendliche und Eltern" kontaktieren, dann biete ich Beratung auch hier vor Ort an." Eine andere Expertin eines freien Trägers verwies in diesem Zusammenhang auch auf die enge Kooperation mit der VHS.

Zum anderen verwiesen die ExpertInnen auf externe Angebote, die ihnen bekannt waren. Eine türkischstämmige Kulturbotschafterin berichtete, dass ihr das Café der Kulturen als Austauschmöglichkeit für Frauen mit und ohne Migrationshintergrund bekannt sei.

Eine Expertin eines freien Trägers verwies auf die gute Arbeit der katholischen Kirchengemeinde St. Otger, die ihr viele KlientInnen vermitteln würde, die sonst die Anfahrt scheuten.

Die Expertin einer karitativen Einrichtung sprach Angebote wie den interkulturellen Gesprächskreis und weitere Angebote an der VHS an: "Hier bei uns in Stadtlohn gibt es die VHS, die machen viele Angebote. Auch gerade für die Frauen. Ich meine, dass es genügend Angebote gibt und für Frauen gibt es mehr als für Männer." Die Sicht, dass gerade Frauen viele Angebote bekommen, wurde auch von anderen ExpertInnen unterstrichen.

Ob die Angebotssituation in Stadtlohn ausreichend ist, war bei den ExpertInnen umstritten. Ein Großteil sah weitere Bedarfe, vereinzelt wurde Kritik laut. So äußerte die Expertin einer Schule: "Ich glaube, dass die Angebotssituation hier in Stadtlohn eher dürftig ist. Ich glaube, dass die Stadt sich da durchaus auf den Weg machen könnte, um mehr Angebote zu schaffen." Von Seiten des interkulturellen Gesprächskreises wurde hierbei insbesondere angemahnt, dass es gerade für Neuzugewanderte mehr Hilfestellungen geben müsse.

2.2 Zielgruppen

In der Umfrage wurde deutlich, dass sich ein Großteil der Angebote an Kinder und Jugendliche vom Vorschulbereich bis zum achtzehnten Lebensjahr richtet. 30 der 47 teilnehmenden Institutionen gaben an, Angebote für Kinder bis 14 Jahre und Jugendliche bis 18 Jahre zu haben. Neben zwölf Schulen sind hier sämtliche an der Umfrage teilnehmenden MSOs und Sportvereine aktiv. Auch drei freie Träger und drei Vereine aus dem Musikbereich gaben an, Angebote für diese Zielgruppe zu haben. Des Weiteren sind Angebote der Kirchengemeinden, des Fachbereichs Jugend und Familie des Kreises Borken, der Kleiderstube und der Polizei auf diese Zielgruppen ausgerichtet.

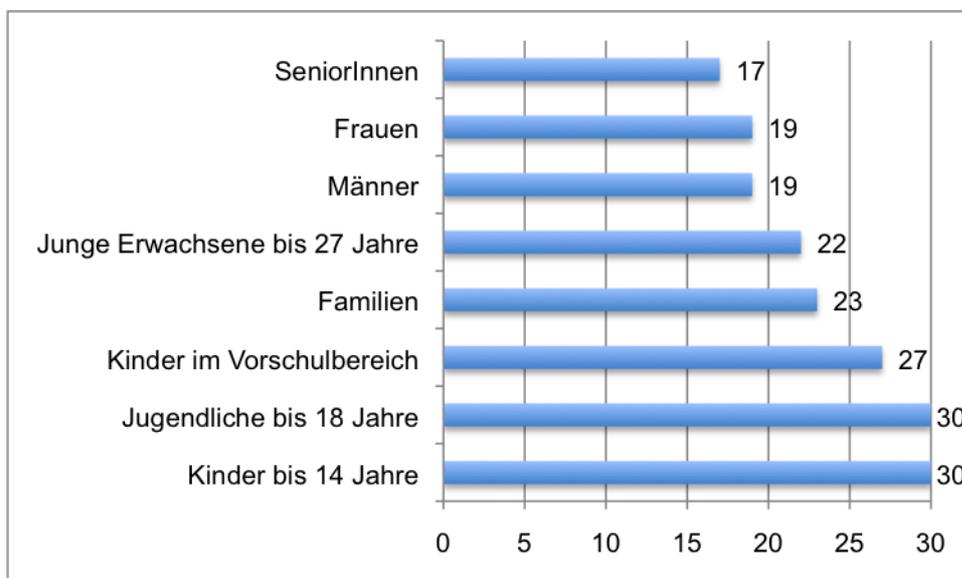


Abbildung 3: Anzahl der Institutionen mit Angeboten nach Altersgruppen

Insgesamt 27 Institutionen führen Angebote für Kinder im Vorschulbereich durch. Hier sind insbesondere alle KiTas zu nennen. Aber auch drei Migrantenselbstorganisationen, vier Sport- und zwei Musikvereine sowie zwei Kirchengemeinden und zwei freie Träger engagieren sich für Kinder im Vorschulbereich.

Auch für Familien und junge Erwachsene bis 27 Jahre gibt es in vielen Institutionen Angebote (23 Institutionen für Familien; 22 Institutionen für junge Erwachsene). Auffällig ist, dass wenige Institutionen Angebote speziell für SeniorInnen als Zielgruppe haben (17 Institutionen)

Hinsichtlich der Angebotssituation für MigrantInnen in Stadtlohn wurde im Rahmen der Umfrage besonders deutlich, dass sich ein Großteil der Angebote, die dem Integrationsbereich zugeordnet werden können, nicht speziell an Menschen mit Migrationshin-

tergrund richtet. Nur drei Institutionen wenden sich mit ihren Angeboten ausschließlich an MigrantInnen:

- der Jugendmigrationsdienst in Gronau (JMD)
- der Türkisch-Islamische Kulturverein (DITIB)
- St. Jakob Baradäus e.V. (Verein der Aramäer in Stadtlohn)

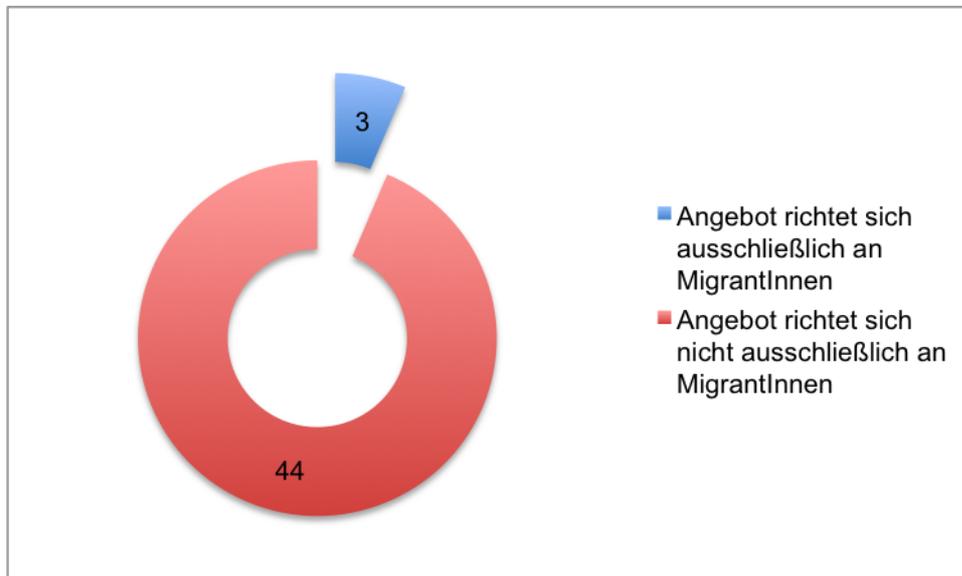


Abbildung 4: Anzahl der Institutionen mit migrantenspezifischen und migrantenunspezifischen Angeboten

Auffällig ist, dass die drei anderen MSOs, die chaldäische Gemeinde, der Deutsch-Türkische Kulturverein und der Islamische Kulturverein (IGMG) in Stadtlohn mit ihren Angeboten, nach eigenen Aussagen, nicht ausschließlich auf MigrantInnen zielen. Hierbei muss jedoch auch gefragt werden, wie erfolgreich sie in der Ansprache von Menschen ohne Migrationshintergrund sind.

Der Großteil der Menschen mit Migrationshintergrund, den die Institutionen nach eigenen Aussagen mit ihren Angeboten erreichen, stammt aus der Türkei. Insgesamt 27 Institutionen gaben an, dass Türkischstämmige ihre Angebote wahrnehmen. Mit deutlichem Abstand folgen MigrantInnen aus den GUS-Staaten (21 Institutionen).

Erst danach folgen Institutionen, die IrakerInnen, LibanesInnen und BürgerInnen des ehemaligen Jugoslawiens erreichen.

Es wird deutlich ist, dass es relativ wenigen Institutionen gelingt Menschen aus Bulgarien und Rumänien anzusprechen, wobei gerade die Situation der MigrantInnen aus diesen Ländern in den Experteninterviews als besonders prekär bezeichnet wurde (s.u.).

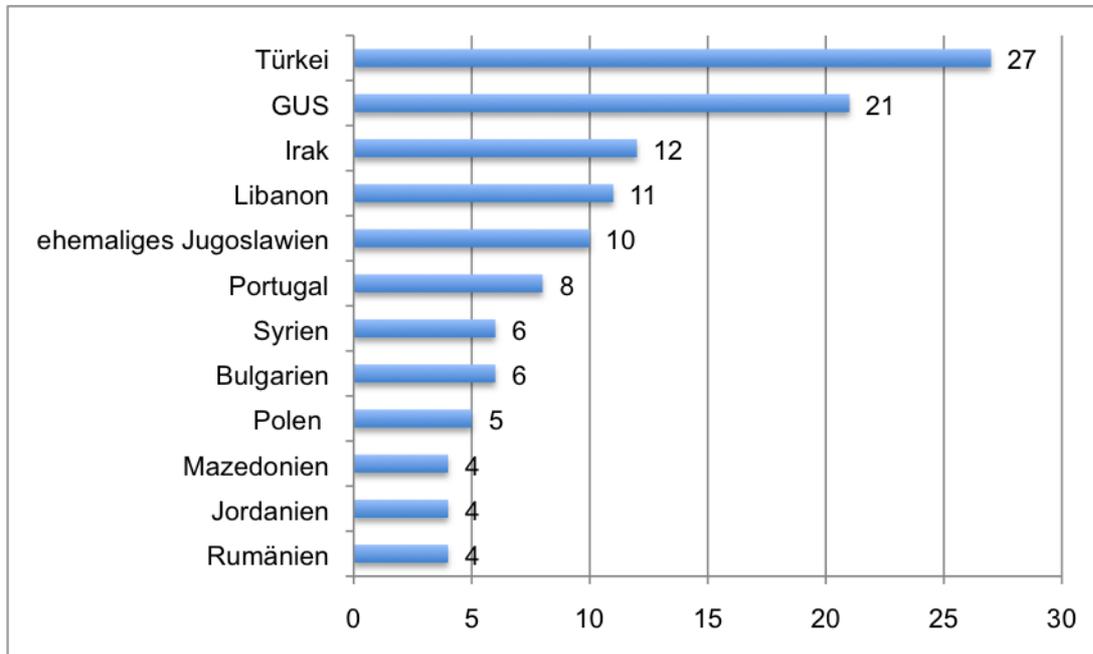


Abbildung 5: Anzahl der Institutionen, die eine spezifische Migrantengruppe erreichen

2.3 Wirksamkeit der Angebote

Über die Hälfte der befragten AkteurInnen gab an, dass die Angebote ihrer Institution von Menschen mit Migrationshintergrund sehr gut oder gut wahrgenommen werden. Hierzu gehörten sieben Schulen, fünf KiTas, fünf freie Träger, vier MSOs, ein Sportverein sowie die Kleiderstube und die Polizei. Als Gründe für die positive Resonanz gaben sie an:

- der verpflichtende Charakter der Angebote
- das Interesse der MigrantInnen (z.B. am Erwerb bzw. der Vertiefung der deutschen Sprache)
- die Bedarfsgerechtigkeit der Angebote
- die Strukturierung der Freizeitgestaltung durch die Angebote
- der kostenlose bzw. kostengünstigste Charakter der Angebote
- die Niederschwelligkeit der Angebote (z. B. in dem Umgebung und Ansprechpartner bekannt sind)



- persönliche Ansprache und nachhaltige Beziehungsarbeit
- die Anerkennung und Toleranz gegenüber anderen Kulturen, die zu einer „Willkommenskultur“ in der Einrichtung führt
- individuelle Förderstrukturen

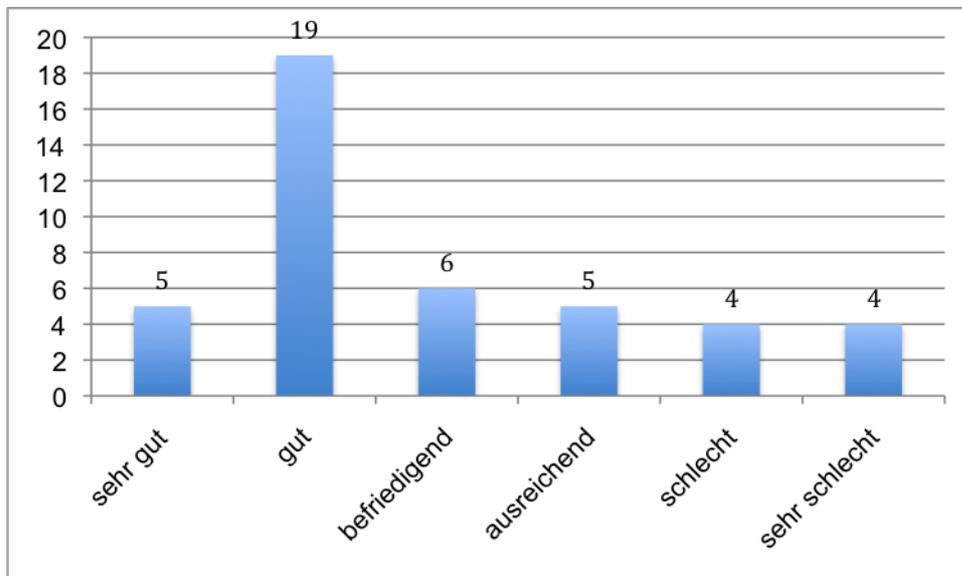


Abbildung 6: Selbsteinschätzung der Wirksamkeit der Angebote nach Institutionen

Fast ein Drittel der Institutionen gab an, MigrantInnen nur ausreichend, schlecht oder sehr schlecht zu erreichen. Auffällig ist hierbei, dass insbesondere die Sportvereine und die Vereine aus dem musikalischen Umfeld angaben, hier Probleme zu haben. Ebenso sind mehrere KiTas, eine Gemeinde und eine Schule betroffen.

Als Gründe für die Schwierigkeit beim Erreichen der Zielgruppe wurde angegeben:

- Entfernung der Institution vom Wohnort
- Bildung von Subkulturen und Isolation
- Kommunikationsprobleme und sprachliche Hürden
- Institution und deren Angebote sind nicht bekannt oder es ist nicht genügend Transparenz vorhanden
- Interkulturelle Problematiken (z.B. mangelnde Akzeptanz gemischtgeschlechtlicher Angebote im Sportbereich)
- Angst vor Behörden und Ämtern

In den Experteninterviews war die Wirksamkeit der Angebote eher umstritten. Ein Teil der ExpertInnen gab an, dass die eigenen Angebote gut angenommen würden. Ein anderer Teil sah bei der Wirksamkeit eigener und fremder Angeboten durchaus noch Ver-



besserungsbedarf. Dabei wurden zum größten Teil ähnliche Gründe angeführt wie in der Umfrage.

Eine Expertin einer Grundschule verwies auf die sprachlichen Hürden, die aber an interkulturelle Problematiken gekoppelt seien: "Für Schule gibt es die Herausforderung, dass wir Verständigungsschwierigkeiten haben, kulturelle und religiöse Verständigungsschwierigkeiten. Fragestellungen sind mit manchen Familien manchmal schwierig zu klären." Zusätzlich würden sich hier familiäre und soziokulturelle Problematiken aus dem familiären Umfeld in der Schule fortsetzen und die Wirksamkeit der eigenen Angebote einschränken. Auch das Verbleiben innerhalb der eigenen Gruppe am Nachmittag sei problematisch, insbesondere hinsichtlich der Wirksamkeit der sprachlichen Förderung.

Diese ineinandergreifenden Problemfelder wurden von einer türkischstämmigen Expertin unterstrichen, die erklärte, dass gerade konservative Muslime Probleme mit der Teilnahme an Nachmittagsangeboten außerhalb der eigenen Gruppe bzw. der Moscheegemeinde hätten und dies auch ihren Kindern nicht erlaubten. In eine ähnliche Richtung geht auch die Aussage eines türkischstämmigen Experten: "Wir haben dann Angst, dass unsere Kinder zu viel mit den deutschen Kindern zusammen kommen. Mit ein paar Kindern ist das ja nicht schlimm, aber bei großen Gruppen haben wir schon Angst, meistens wegen der Religion, dass sie diese vernachlässigen."

Auch für eine Expertin, die Sprachkurse an der VHS gibt, liegt hier ein Grund für eingeschränkte Wirksamkeit von Angeboten, wobei sie einige Migrantengruppen mehr betroffen sieht, als andere: "Es gibt Migrantengruppen, die vielleicht auch ein bisschen offener sind, besonders, wenn viele schon länger hier leben. Es gibt andere, die sind geschlossener, die bleiben eher zu Hause, im Kreis ihrer Familie."

Von Seiten der freien Träger wurde vor allem geschildert, dass es spezifische Hürden für MigrantInnen gebe, die ebenfalls die Wirksamkeit der Angebote einschränken können. So sei die räumliche Distanz ein Thema. Aber auch Ängste von Seiten der Migrantengruppen würden hier hineinspielen. Gerade Behörden seien betroffen. Oft hätten MigrantInnen schlechte Erfahrungen mit Behörden im Herkunftsland gemacht oder fühlten sich von deutschen Einrichtungen missverstanden bzw. nicht richtig behandelt. Dementsprechend bestünden Hemmschwellen, unvoreingenommen mit Behörden zusammen zu arbeiten oder sich bei Problemen an die zuständigen Ämter zu wenden.



3. Künftige Bedarfe der Integrationsarbeit

3.1 Künftige Handlungsfelder

Hinsichtlich der künftigen Bedarfe wird deutlich, dass fast 60% der befragten AkteurInnen den grundsätzlichen Hauptbedarf im Sprachbereich sehen. Insbesondere die Schulen und KiTas verwiesen auf dieses Handlungsfeld (13 Institutionen). Aber auch MSOs und freie Träger schlossen sich dieser Meinung an.

Fast genauso hoch bewertet wurde in der Umfrage der Bereich Bildung und Ausbildung. Über die Hälfte der Institutionen sprachen sich für dieses Handlungsfeld aus. Hier votierten insbesondere wieder Schulen und KiTas (13 Institutionen) sowie MSOs und freie Träger.

Mit deutlichem Abstand folgt das Handlungsfeld Gemeinwesenarbeit. Hier verteilte sich die Stimmabgabe gleichmäßig über die verschiedenen Arten der Institutionen.

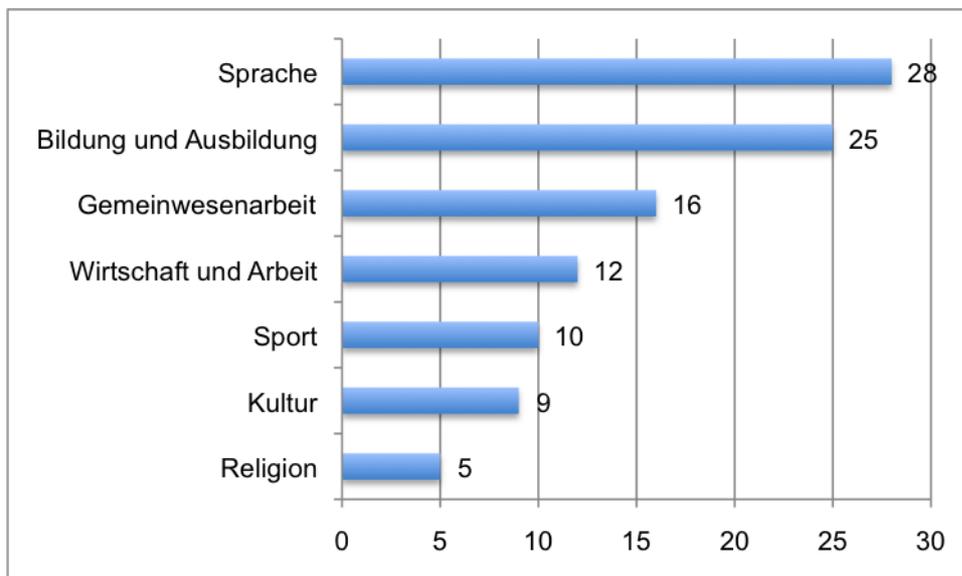


Abbildung 7: Künftige Handlungsfelder

Religion war das Handlungsfeld, das am wenigsten benannt wurde. Nur fünf AkteurInnen sprachen sich für die künftige Relevanz dieses Handlungsfelds aus, wobei vier der AkteurInnen christliche Gemeinden sind bzw. aus dem Umfeld christlicher Gemeinden stammen.



Zudem wurde in der Umfrage von einzelnen AkteurInnen angeführt, dass ein grundsätzlicher Bedarf an multikulturellem Austausch und niederschweligen Angeboten im Allgemeinen bestehe.

Im Rahmen der Experteninterviews wurde gerade auf den letzten Punkt ein besonderes Gewicht gelegt. So formulierte eine Expertin des Fachbereiches Jugend und Familie des Kreises Borken: "Ein kontinuierliches Angebot niederschwelliger Art wäre da oft schon besser. Da wäre es gut so etwas wie ein Kontaktcafé oder eine niederschwellige Beratungssprechstunde in einem Kulturverein, wo die Leute sind, zu haben. Das ist sonst für beide Seiten schwierig - die Berater erreichen die Migranten nicht und die Migranten haben zu hohe Hemmschwellen." Zukünftige Kooperationen zwischen MSOs und anderen Institutionen bei Angebotserstellung und -durchführung, unabhängig vom Handlungsfeld, wurde auch von anderen ExpertInnen gefordert.

Daneben spielte der Bereich der Schaffung eines multikulturellen Austauschs eine Rolle. So bemerkte der Experte einer Schule, dass gerade die deutsche Bevölkerung hier stärker eingebunden werden müsse: "Akzeptanz an unserer Schule ist voll gegeben. Das Problem ist die umliegende Gesellschaft, da muss man auch Dinge einkalkulieren woran die wenigsten Leute denken, wenn sie über das Thema Integration sprechen – z.B. die eigene Haltung über Generationen hinweg."

3.2 Künftige Zielgruppen nach Alter

In einer weiteren Fragestellung konnten sich die 47 befragten Institutionen dazu äußern, welche Zielgruppen in Zukunft bei der Integrationsarbeit in Stadtlohn besonders ins Visier genommen werden sollen.

Hier wurde ein deutlicher Fokus auf die Kinder und Jugendlichen gelegt: 28 AkteurInnen gaben an, dass insbesondere Jugendliche bis 18 Jahre weiter integrativ unterstützt werden sollten. 25 der Befragten sahen besondere Bedarfe bei den Kindern bis 14 Jahren.

Mit deutlichem Abstand folgten Familien und Kinder im Vorschulalter als Zielgruppen (jeweils 16 AkteurInnen).

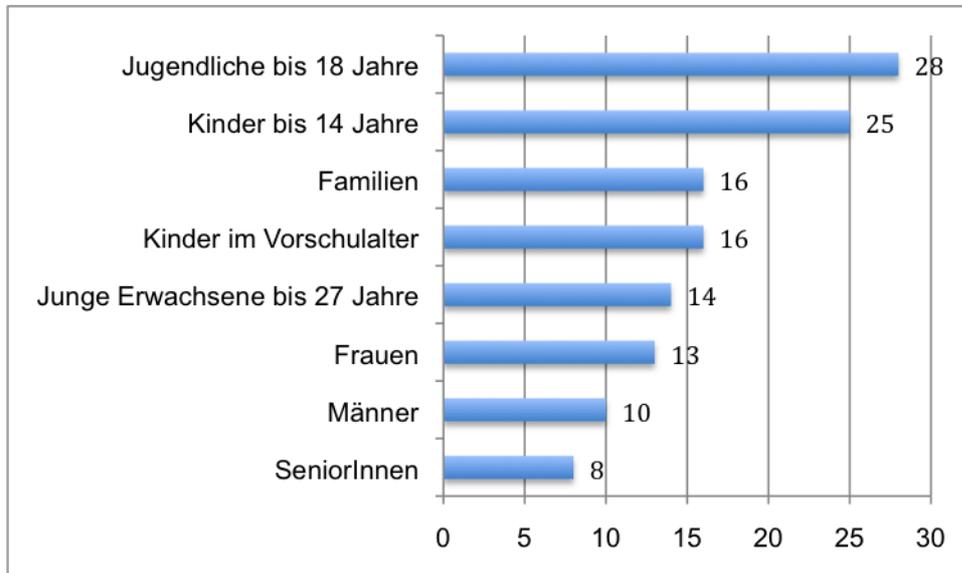


Abbildung 8: Künftige Zielgruppen nach Alter

Das besonders die Kinder und Jugendlichen im Fokus stehen sollen, spiegelt sich auch in den Experteninterviews wieder. Dies wird deutlich im Bereich der Neuzuwanderung von Kindern und Jugendlichen, wie ein Experte einer Schule anmerkte: "Die kommen hier an und brauchen vielleicht nur Deutschkenntnisse, die kommen aber auch hier an und sind noch nie auf einer Schule gewesen. Sie müssen alphabetisiert werden und Deutsch lernen. Oder wie im Fall der Bulgaren, sie müssen umgeschult und alphabetisiert werden, weil sie die kyrillische Schrift haben." Zudem sei es hier z. T. auf Grund der mangelnden Deutschkenntnisse schwer, sie in der passenden Schulform unterzubringen: "Wir haben das Phänomen ganz häufig bei Deutschrussen gehabt, die in ihren Heimatländern auf Gymnasien gewesen sind; die müssen hier in die Hauptschule rein. Sie wechseln dann erst mit Qualifikation in die Oberstufe."

Auch außerhalb des schulischen Bereichs werden besondere Bedarfe bei den Kindern und Jugendlichen gesehen. So merkte eine Expertin des Fachbereiches Jugend und Familie des Kreises Borken an: "In der offenen Kinder- und Jugendarbeit wird unglaublich viel gemacht, da hat man auch personell aufgestockt und noch eine Streetworkerin eingestellt. Wir erleben schon, Stadtlohn macht mobil. Aber gerade im Bereich der aufsuchenden Jugendarbeit brauchen wir noch mehr niederschwellige Angebote." Eine



türkischstämmige Expertin sah hier ebenfalls noch Bedarf: "Wichtig ist auch, dass die Jugendlichen nicht auf der Straße sind. Beim Jugendwerk sind mehr kleinere Kinder. Für die etwas größeren ab 16, 17, da gibt es nicht so viel."

Sie verwies zudem auf die Dringlichkeit einer Zusammenarbeit deutscher AkteurInnen und der MSOs: "Viele Türken, die auch etwas religiös eingestellt sind, schicken ihre Kinder nicht gerne zu solchen Werken, weil sie dann Angst haben. Wenn das Angebot in der Moschee oder im türkischen Kulturverein stattfindet, dann schicken sie ihre Kinder eher dahin."

In den Experteninterviews wurde deutlich, warum Kinder und Jugendliche so im Fokus stehen. Zwei ExpertInnen einer Kindertagesstätte merkten im Interview an: "Eine Zeit lang war es ganz schlimm in Stadtlohn mit Randale, dass ist dann auch öfter mal in der Presse erschienen. Man war ein bisschen besorgt, was läuft hier eigentlich, aber das hat sich mittlerweile wohl wieder mehr beruhigt." Eine Expertin eines freien Trägers erwähnte in diesem Zusammenhang auch, dass es gerade in der Vergangenheit zu Bandenbildungen kam.

Insbesondere die TeilnehmerInnen des interkulturellen Gesprächskreises für ausländische und deutsche Frauen verwiesen auf weiterhin bestehende Probleme in diesem Bereich, z. B. Schlägereien vor örtlichen Diskotheken und Cafés. Ein türkischstämmiger Experte bemerkte hierzu: "Die Jugendlichen ohne Ausbildung, ohne Arbeit, die machen die meisten Probleme. Die kommen dann auf die schiefe Bahn. Sie haben Mist gebaut, weil sie nicht beschäftigt sind, auch nach der Schule, sie wissen nicht, was sie machen sollen. Sie sind dann mit der Polizei konfrontiert."

Eine türkischstämmige Expertin zielte im Rahmen des Interviews dagegen besonders auf die Ansprache der SeniorInnen, eine Zielgruppe, die bei der Umfrage an letzter Stelle kommt. Sie berichtete, dass gerade die SeniorInnen mit Migrationshintergrund stark unter sich blieben und schließt mit dem Beispiel: "Die Senioren (mit Migrationshintergrund, *Anmerkung İbİS*) wollen z. B. Sport machen. Aber dann gehen sie zu den Kursen und da sind nur Deutsche. Sie fühlen sich allein gelassen. Gut wäre, wenn man in den Sportvereinen Gruppen machte, wo man mehr mischt, damit da nicht nur eine Türkin mit zehn Deutschen ist."



3.3 Künftige Zielgruppen nach Herkunftsland

Neben den Angaben zu Zielgruppen nach Alter konnten die AkteurInnen in der Umfrage auch angeben, ob spezielle Migrantengruppen gefördert werden sollten. Über 60% der Befragten machten hierzu keine Angabe bzw. äußerten ausdrücklich, dass keine spezielle Gruppe im Fokus stehen sollte.

Förderung nach Herkunft	Anzahl der Institutionen
Naher Osten	1
türkischstämmige Aramäer	1
GUS	1
Irak	2
Libanon	2
Rumänien	2
Bulgarien	3
Türkei	4
keine Angabe	14
unabhängig von Herkunft	17

Tabelle 2: Künftige Zielgruppen nach Herkunftsland

In den Experteninterviews wurde auf verschiedene Zielgruppen verwiesen. Eine Expertin einer karitativen Einrichtung benannte türkischstämmige aramäische Frauen als besonders benachteiligt und diese dementsprechend in den Fokus zu rücken: "Die aramäischen Frauen dürfen das (die Integration, *Anmerkung İbİS*) nicht, weil die Männer das nicht wollen. Sie wollen sich auch nicht integrieren lassen. Die Frauen vielleicht, ja. Aber die Männer wollen das nicht. Die spionieren heute noch den Frauen hinterher, wohin sie gehen. Nicht muslimische Männer (machen das, *Anmerkung İbİS*), sondern die Aramäer, die Christen. Auch Zwangsheiraten und Gewalt in der Ehe sind da ein großes Thema. Das erlebe ich in der Praxis (...). Das ist gar nicht bekannt." Sie berichtete auch davon, wie schwierig es sei, die Zielgruppe zu stärken: "Wenn man diese Frauen aus den Situationen rausholen will, mit dem Frauenhaus z.B., dann machen sie später oft einen Rückzieher. Die (Frauen, *Anmerkung İbİS*) haben Angst, Angst um sich und ihre Kinder, das können Sie sich gar nicht vorstellen."

Aber auch andere ExpertInnen machten auf Schwierigkeiten christlicher Minderheiten aus dem Nahen Osten, die in Stadtlohn leben, aufmerksam. So verwies die Expertin



einer Grundschule darauf, dass gerade syrisch-orthodoxe Kinder an ihrer Schule sich abgrenzen würden, eine Tendenz, die aus dem Elternhaus stamme und dort auch getragen würde: "Das Jugendwerk macht ja schon Angebote, aber ob Frau Berardis genau die Familien anspricht, das weiß ich nicht. Es wäre gut dieses „Eingeigeltsein“ zu überwinden. Das betrifft schon einmal die syrisch-orthodoxen Kinder, wobei diese einen Lehrer als Ansprechpartner an der Losbergschule haben. Aber die (Kinder, *Anmerkung İbİS*) haben schon einmal solche Tendenzen, „Ich spiel nicht mit dem anderen und ich darf auch nicht mit dem spielen“. Das gibt dann Stress mit den muslimischen Kindern." Hier gebe es zwar oft Gespräche mit Eltern, aber die grundsätzliche Problematik setze sich fort. Eine andere Expertin eines freien Trägers verwies darauf, dass die christlichen Iraker sehr stark unter sich blieben und hier in Zukunft Angebote geschaffen werden müssten, um diese an das allgemeine gesellschaftliche Leben in Stadtlohn anzubinden.

Mehrere ExpertInnen wiesen darüber hinaus auf die Situation der rumänischen und bulgarischen ZuwanderInnen hin, die als LeiharbeiterInnen nach Stadtlohn kommen und ihre Familien nachholen. Diese leben laut ExpertInnen in besonders prekären Situationen und bedürfen dementsprechend besonderer Unterstützung. Ein türkischstämmiger Experte berichtete von seinen eigenen Erfahrungen, dass diese MigrantInnen oft nicht wüssten, wer sie unterstützt: "Wir zahlen da manchmal die Arztbesuche aus der Kasse (des Vereins, *Anmerkung İbİS*) oder der eigenen Tasche. Das sind keine seltenen Fälle, die (MigrantInnen aus Rumänien und Bulgarien, *Anmerkung İbİS*) haben oft keine Versicherung." Eine Expertin eines freien Trägers stützt diese Aussage hinsichtlich der Problematik der Gesundheitsversicherung dieser Familien: "Von den Bulgaren, auch der türkischen Minderheit, sind es bisher zwei, drei Familien, die anrufen, die man aufsucht. Da bekommt man mit, die Versorgung ist nicht gut. Selbst wenn ich mit den bulgarischen Versicherungskarten arbeiten kann, ist ja die Frage, ob die Ärzte sich hier die Arbeit machen (...). Eine Menge kann gar nicht abgerechnet werden und ich gehe davon aus, dass eine Menge Hausärzte das schon wissen und die dann lieber eine Rechnung schreiben. Und das ist für die Familien (auf Grund finanzieller Probleme, *Anmerkung İbİS*) sehr problematisch. Viele sind über Bulgarien versichert und die Kinder sind über die Mutter mit versichert." Andere ExpertInnen verwiesen in Interviews auf die sprachlichen Schwierigkeiten dieser MigrantInnen und die Problematik, die Kinder in den Schulen adäquat zu fördern, da hier neben der Sprache auch die generell prekäre Lebenssituation den erfolgreichen Schulbesuch beeinträchtigt.



Die Expertin einer Grundschule schilderte als weitere Zielgruppe die Kinder albanischer MigrantInnen. Sie habe die Erfahrung gemacht, dass diese Kinder vom Elternhaus nicht gefördert würden. So würden die Kinder beispielsweise nicht in den offenen Ganztags kommen, da die Eltern hierfür nicht das Geld bezahlen wollten, obwohl dies durchaus vorhanden sei: „Schade, dass es in den Fällen keine unkomplizierte Hilfestellungen gibt, vieles bekommen wir selbst hin, aber gerade bei albanischen Kindern wäre ein geregelter Tagesablauf gut, bis hinein in die Abendstunden, damit sie nicht bis spätabends auf der Straße sind.“

Auffällig in den Experteninterviews war, dass sowohl von den deutschen ExpertInnen wie auch von den ExpertInnen mit Migrationshintergrund MigrantInnen aus der Türkei oft als bereits gut integriert angesehen wurden. Es wurde eher punktuell von Problemen berichtet. Eine Expertin aus einer Grundschule erzählte über Probleme beim Elternsprechtag, bezüglich Klassenfahrten oder beim Schwimmunterricht. Dies wiederum wurde von zwei Experten der weiterführenden Schulen als eher unproblematisch wahrgenommen. Aktuell gebe es zwar den Fall, dass zwei Mädchen nur im Burkini zum Schwimmunterricht kämen, dies seien jedoch Ausnahmen. Eine junge türkischstämmige Kulturbotschafterin brachte es in einem Interview auf den Punkt: "Es gibt einige türkische Familien, die leben so weiter, wie sie hierher gekommen sind, das merkt man. Ich glaube mit Interesse hat das gar nicht viel zu tun, sie kennen das nicht anders und versuchen das (ihr Leben, *Anmerkung İbİs*) hier so weiterzuführen, um nicht ihre Kultur zu vergessen."

3.4 Ausweitung und Initiierung von Angeboten

In der Befragung konnten die 47 AkteurInnen angeben, welches Angebot in Zukunft ausgeweitet oder initiiert werden sollten. Entsprechend der Aussagen zu den künftigen Handlungsfeldern liegt auch hier ein deutlicher Fokus auf der Sprachförderung – sei es in Form von Sprachkursen oder im Rahmen der Sprachförderung in KiTas und Schulen. Jeweils 19 AkteurInnen sprachen sich jeweils für die Stärkung der Angebotsstruktur in den beiden Bereichen aus. Auffällig war, dass insbesondere die Schulen einen Bedarf sahen (sieben Institutionen), gefolgt von den freien Trägern (vier Institutionen), den Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie Kindertagesstätten (jeweils drei Institutionen).

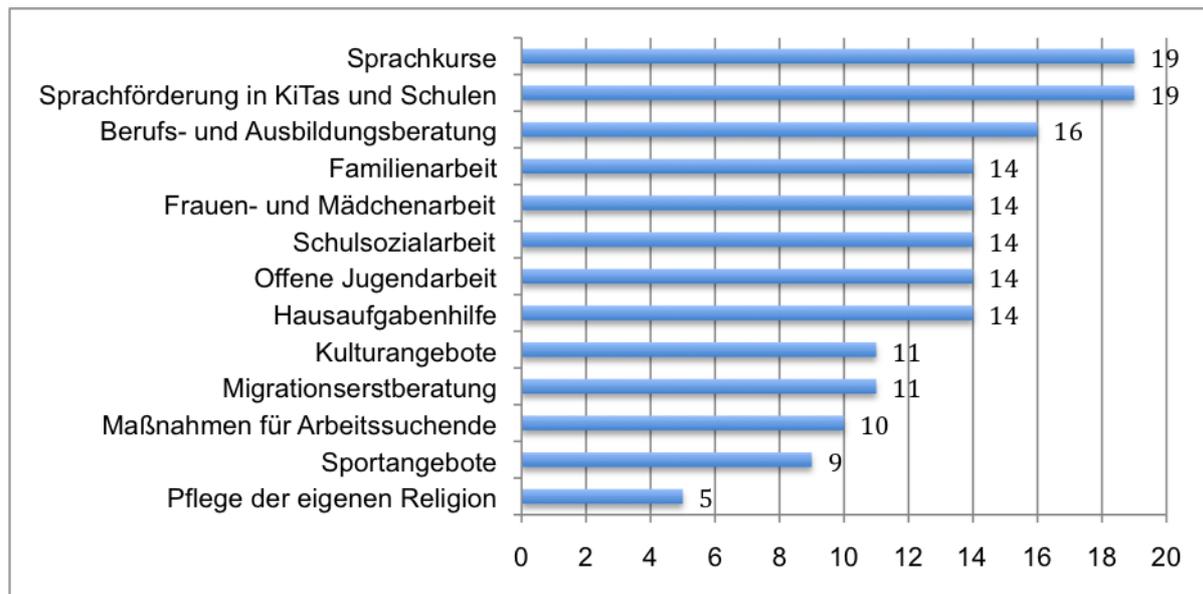


Abbildung 9: Ausweitung und Initiierung von Angeboten

In den Experteninterviews wurde dieser Punkt ebenfalls erwähnt, wenn auch deutlich weniger stark. Eine türkischstämmige Expertin sagte: "Ein Problem gibt es mit den Deutschkursen. Es sollte mehr Deutschkurse und auch kostenlose Deutschkurse geben. Ich habe da schon gesucht und nichts gefunden, obwohl man sagt: „Lernt Deutsch“. Die bei der Stadt sagten mir, dass die Leute dafür immer hier wohnen müssen.“

Auch die Stärkung der Berufs- und Ausbildungsberatung, die immerhin 16 AkteurInnen in der Umfrage relevant fanden (wovon erneut Schulen und KiTas die größte Gruppe waren; insgesamt sieben Institutionen), stand dagegen nicht im Fokus der ExpertInnen.

Hier wurde eher die Ausweitung der Angebote im Jugendbereich thematisiert. Eine Expertin eines freien Trägers merkte hierzu an: "Wir müssen Anlässe ganz vielfältiger Art schaffen, um das Thema Integration von jungen Menschen mit Migrationshintergrund in den Fokus zu rücken." Dabei sei besonders zu berücksichtigen, dass es für viele Jugendliche mit Migrationshintergrund nicht einfach sei, einen Jugendtreff oder ähnliches zu besuchen – es wäre deswegen gut, wenn man Strukturen schaffen könnte, die niederschwellig wären und die Jugendlichen abholten, z. B. indem es einen Pool an Jugendliche gäbe, der auf die Jugendlichen mit Migrationshintergrund zugehen würde. Eine türkischstämmige Kulturbotschafterin merkte an, dass es gut wäre, etwas Ähnliches wie das Café der Kulturen für Jugendliche zu schaffen: "Eine Einrichtung, wo die



Deutschen und die Ausländer zusammenkommen (wäre wichtig, *Anmerkung İbİS*). Ein Jugendcafé gibt's ja schon, aber (schön wäre, *Anmerkung İbİS*) eher was, wo man mit seinen Freunden hin kann, wo Veranstaltungen sind und man hören kann, wie die (anderen Menschen, *Anmerkung İbİS*) sich fühlen, wie die sich wahrnehmen. So etwas wie das Café für Jugendliche, so wie für die Frauen (das Café der Kulturen, *Anmerkung İbİS*).“ Ein anderer türkischstämmiger Experte berichtete von einem von seinem Verein und dem Jugendwerk organisierten Multi-Kulti Fußballturnier und meinte, solche erfolgreichen Initiativen für Jugendliche sollten fortgesetzt werden.

Der Bereich der Mädchen- und Frauenarbeit, der bei der Umfrage im Mittelfeld angesiedelt ist, wurde von den ExpertInnen sehr ambivalent gesehen. Viele bemerkten, dass es ja bereits viel an Angeboten gäbe wie z. B. das Café der Kulturen der Gleichstellungsbeauftragten oder aber den internationalen Gesprächskreis bei der VHS. So merkte ein türkischstämmiger Experte an: "Hier bei uns in Stadtlohn gibt es die VHS, die macht viele Angebote. Auch gerade für die Frauen. Ich meine, dass es genügend Angebote (für Frauen, *Anmerkung İbİS*) gibt. (...) Männer sind benachteiligter als Frauen." Eine Expertin für Sprachkurse an der VHS gab an, dass bereits viel getan werde, sprach in dem Zusammenhang aber auch die Problematiken der Transparenz und Niederschwelligkeit an: "Es gibt ein Treffen für Frauen hier in der VHS und es gibt auch ein Café für Frauen. Wenn die Frauen das mitbekommen (,dass es diese Angebote gibt, *Anmerkung İbİS*) oder mutig sind, dann gehen sie dahin. Aber die anderen Frauen wissen nicht unbedingt darüber Bescheid."

Eine Expertin einer KiTa bestätigte den Eindruck indirekt, indem sie angab, dass in der Arbeit der KiTas natürlich die Frauen mit und ohne Migrationshintergrund relevanter seien als die Männer und berichtete von ihrer Erfahrung mit einem Runden Tisch, der sich zwei Mal im Jahr trifft und die Frauen mit Migrationshintergrund sehr erfolgreich anspricht.

Hausaufgabenhilfe und Familienarbeit, bei der Umfrage immerhin auch von jeweils 14 AkteurInnen benannt, wurde in den Experteninterviews eher punktuell angesprochen. Eine türkischstämmige Expertin gab an, dass Hausaufgabenhilfe in Stadtlohn ausgeweitet werden müsse. Dagegen kam bezüglich der Familienarbeit an verschiedenen Stellen der Hinweis, die Elternarbeit zu stärken, sei es in schulischen Zusammenhängen, sei es von Seiten der freien Träger. So gab eine Expertin eines freien Trägers an, dass es auch in Zukunft durchaus angebracht sei, über die Erziehungsberatungsstelle



die erzieherischen Kompetenzen der Eltern zu stärken. Eine Expertin einer Grundschule wünschte sich, die Eltern stärker für die Mitarbeit zu gewinnen: "Für Schule gibt es die Herausforderung, dass wir Verständigungsschwierigkeiten haben, kulturelle und religiöse Verständigungsschwierigkeiten. Fragestellungen sind mit manchen Familien manchmal schwierig zu klären. Wir haben sehr häufig Eltern, die gar nicht zum Elternsprechtag kommen können und dann ältere Geschwister schicken. Die (Geschwister, *Anmerkung İbİS*) kommen oft ganz allein. Wenn die Eltern dabei sind, müssen sie (die Geschwister, *Anmerkung İbİS*) übersetzen."

Eine weitere türkischstämmige Expertin merkte an, dass es dringend eine AnsprechpartnerIn für MigrantInnen in der Stadt geben müsse, am Besten mit Migrationshintergrund. Hierbei muss jedoch auch auf die bestehenden Angebote des Jugendmigrationsdienstes und der Caritas verwiesen werden, die in diesen Bereichen tätig sind. In einem Gespräch schilderte eine Expertin, dass von Seiten des Fachdienstes Integration und Migration auch allen Neuankömmlingen mit Migrationshintergrund eine aufsuchende Beratung angeboten würde. Dies sei ein Service, der über das Ausländeramt geboten werde, den aber viele MigrantInnen nicht annehmen würden.

Im Rahmen der Umfrage wurde von AkteurInnen zusätzlich bezüglich der Angebote angesprochen, dass insbesondere Angebote zur Stärkung des interkulturellen Austauschs in Zukunft noch wünschenswert seien.

4. Ausweitung und Initiierung von Angeboten in den Institutionen

In der Umfrage konnten die 47 Institutionen angeben, ob und welche Angebote sie in Zukunft ausweiten wollen. Insgesamt fällt auf, dass über 40% der AkteurInnen in Zukunft eigene Angebote initiieren bzw. ausweiten möchten.

Insbesondere die freien Träger (fünf Institutionen), die Sportvereine (vier Institutionen), die KiTas (drei Institutionen) und die MSOs (drei Institutionen) wollen hier aktiv werden.

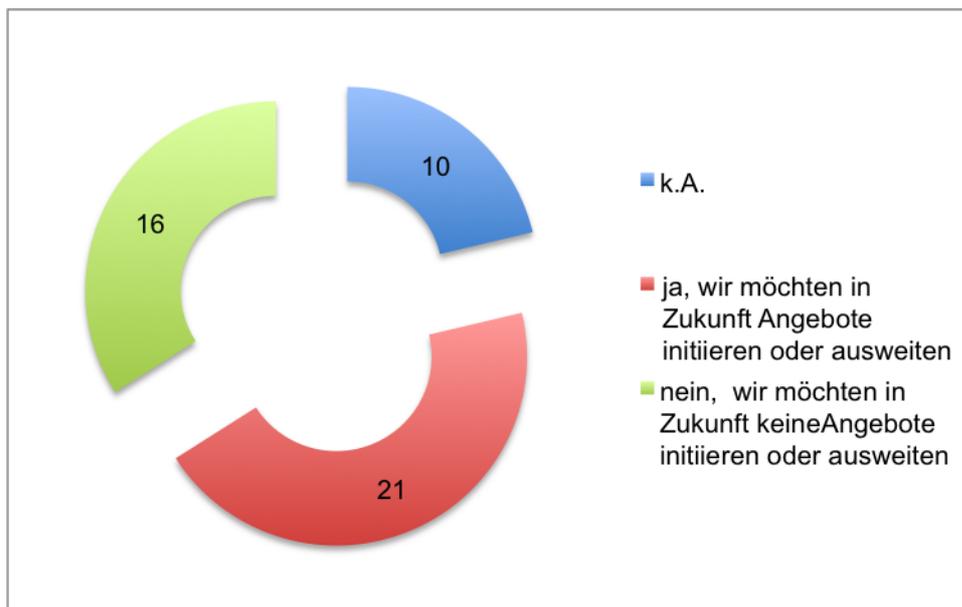


Abbildung 10: Anzahl der Institutionen, die Angebote initiieren oder ausweiten möchten

Bezüglich der zu initiierenden bzw. auszuweitenden Angebote fällt auf, dass dies sich nur z. T. mit den kommunizierten Bedarfen deckt. So gibt es insbesondere Angebots-erweiterungen bzw. –initiiierungen in den Bereichen Sport und Hausaufgabenhilfe, die bei der Frage, welche Angebote initiiert und ausgeweitet werden sollten, eher im Mittel- bzw. Endfeld eine Rolle spielten (siehe Punkt 3.4).

Natürlich ist wesentlich, welche Institution in Zukunft Angebote initiieren und ausweiten möchte – gerade die Sportvereine werden z.B. sinnvollerweise Sportangebote ausbauen.

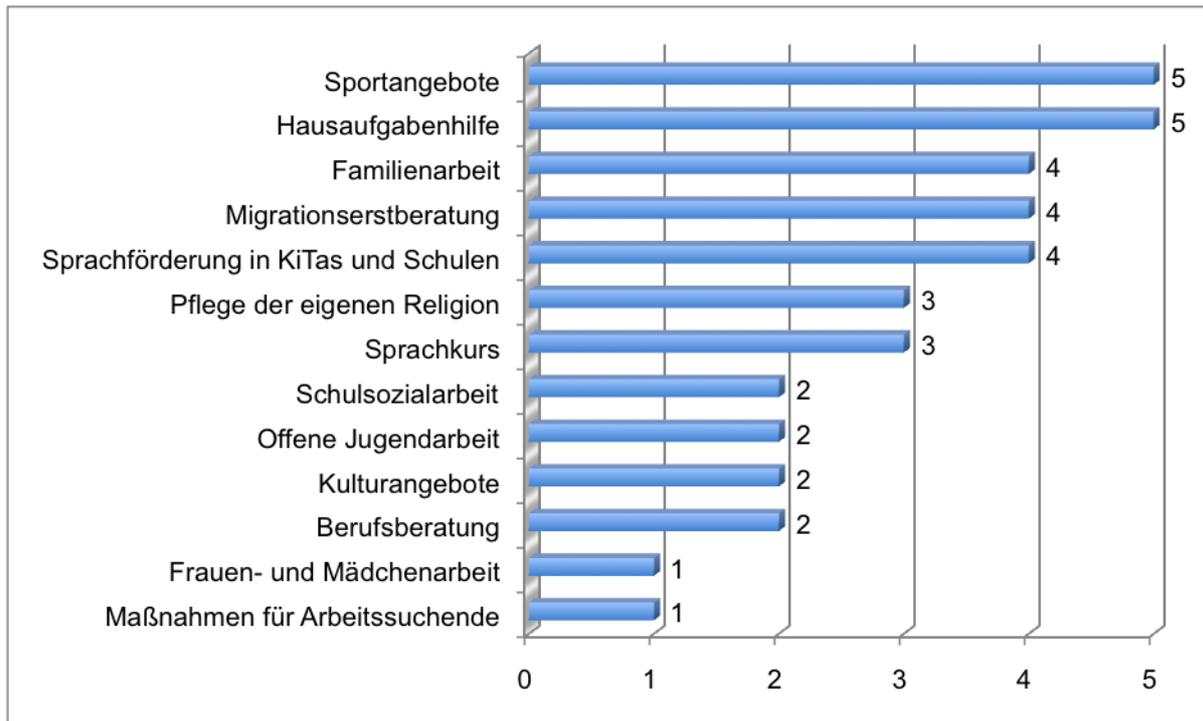


Abbildung 11: Anzahl Angebote nach Angebotsbereichen

Im Sportbereich will neben den Sportvereinen der Islamische Kulturverein IGMG tätig werden. Im Bereich der Hausaufgabenhilfe möchten die Hordtschule und die Fliednerschule, das Familienzentrum St. Elisabeth, der Türkisch Islamische Kulturverein DITIB sowie das Jugendwerk ihre Angebote erweitern.

Angebote im Bereich Familienarbeit, Migrationserstberatung und Sprachförderung in Schulen und KiTas werden von jeweils vier Institutionen ausgeweitet.

Im Bereich der Familienarbeit möchten der Kindergarten St. Otger, die Kirchengemeinde St. Otger, die Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Eltern der Caritas sowie der Fachdienst Integration und Migration der Caritas weiter aktiv werden. Hierbei wurde aber in einem Experteninterview mit einer Expertin vom Fachdienst Integration und Migration der Caritas deutlich, dass keine Stelle vor Ort eingerichtet werden kann, auf Grund der fehlenden Ressourcen.

Bei der Migrationserstberatung haben neben dem Fachdienst Integration und Migration der Caritas, die Kirchengemeinde St. Otger, der Deutsch-Türkische Kulturverein und der Türkisch-Islamischer Kulturverein DITIB in der Umfrage angegeben, sich in Zukunft stärker engagieren zu wollen.

Hinsichtlich der Sprachförderung in Schulen und KiTas möchten die KiTa Kinderburg, die Hordtschule, die Fliednerschule und der Islamische Kulturverein IGMG aktiv werden.

Neben den genannten Angeboten möchten AkteurInnen darüber hinaus noch in den Bereichen Rettungsschwimmen, Musikunterricht, Sozialberatung, Integrationsbegleitung und individuelle Sprach- und Lernförderung neue Angebote schaffen.

5. Vernetzung im Integrationsbereich

Im Bereich Vernetzung wurde sowohl bei der Umfrage wie auch bei den Experteninterviews großer Bedarf gesehen. Über 70% der angeschriebenen AkteurInnen gab an, dass es Bedarf nach mehr Vernetzung gebe.

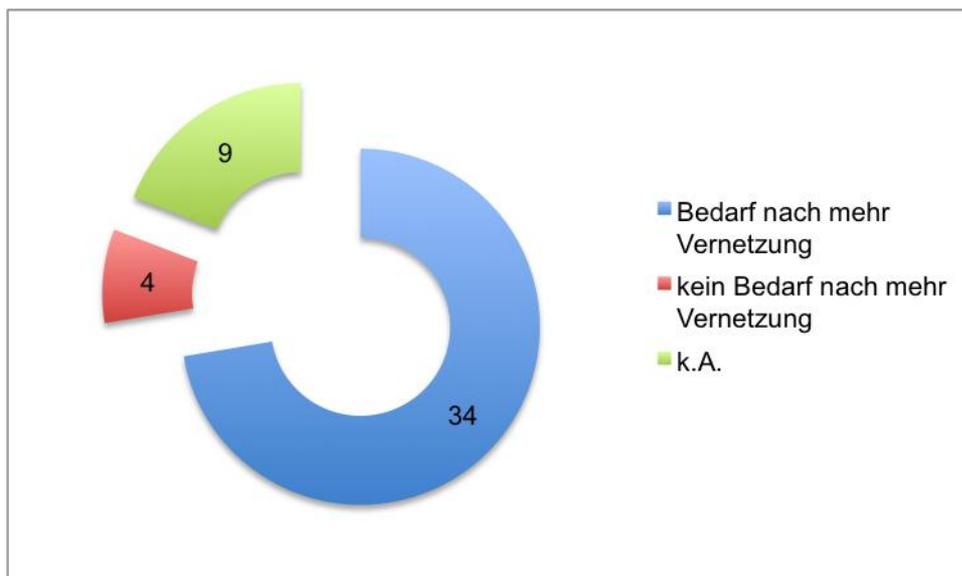


Abbildung 12: Anzahl der Institutionen nach Bedarf an Vernetzung

Nur insgesamt 13 Institutionen machten keine Angaben oder sahen hier keinen Bedarf. Hierzu gehörten fünf KiTas und drei Sportvereine. Nur eine MSO sah keinen Bedarf nach mehr Vernetzung.

In den Experteninterviews schilderten die Schulen, dass Vernetzung, insbesondere mit Vereinen und Migrantenselbstorganisationen schwierig seien. Hier sei aus Erfahrung auch ein Kollege mit Migrationshintergrund nicht unbedingt der beste Zugang: "Mit unserem Türkischlehrer hatten wir Kontakt zu türkischen Organisationen. Er hat immer



dafür gesorgt, dass die (Organisationen, *Anmerkung İbİs*) mit eingebunden waren. Aber das scheint auch für die türkischen Lehrer selber ein ganz schwieriges Kapitel zu sein. Er ist da manchmal schon angegangen worden, das (was er unterrichtet, *Anmerkung İbİs*) wäre alles nicht so orthodox, wie es eigentlich sein sollte, er wäre zu liberal. Daraufhin hat er sich irgendwann nur noch auf den Sprachunterricht beschränkt." Ebenso sei die Vernetzung mit der Stadt und den freien Trägern noch nicht optimal, so die ExpertInnen der Schulen.

Etwas anders stellt sich die Situation laut zweier ExpertInnen in den KiTas dar: "Die Vernetzung zwischen Kindergarten und Schule ist langjährig sehr gut, mit der VHS haben wir auch langjährige Kooperationen, aber was Institutionen wie z.B. die Kulturvereine angeht, haben wir noch gar keine Kooperationen. Da könnte sich noch einiges tun, das man da intensiver mit zusammenarbeitet."

Von den Seiten der ExpertInnen mit Migrationshintergrund wurde bemerkt, dass es mittlerweile erste Tendenzen zur Vernetzung gebe, insbesondere zwischen Verwaltung und MSOs, dies sei aber eine Neuerung: "Ich lebe seit 40 Jahren in Stadtlohn. Erst in den letzten ein, zwei Jahren tut sich da was. Vorher war da nichts." Die Sicht einer Expertin, die Sprachkurse an der VHS gibt, ist ähnlich: "Ich glaube, es gibt nicht so viel Kooperation. Der erste große Versuch war jetzt mit dem Kulturfest."

Die ExpertInnen der freien Träger merkten an, dass auch sie sich eine stärkere Vernetzung wünschten: "Wir haben eine Vernetzung im Nordkreis, wir haben aber keinen speziellen Arbeitskreis in Stadtlohn. Aber ich merke, ein Netzwerk vor Ort macht Sinn." Eine andere Expertin der freien Träger erzählte, dass ihrer Meinung nach die Vernetzung vor Ort noch nicht optimal sei und sprach sich dafür aus, insbesondere deutsche AkteurInnen und die MSOs stärker in Kontakt und Kooperation zu bringen. Dies merkte auch die Expertin des Fachbereichs Jugend und Familie des Kreises Borken an: "Es wäre gut im Prozess Vernetzungs- und Kooperationsmöglichkeiten zu schaffen, z. B. wir machen das in euren Räumlichkeiten (einer Migrantenselbstorganisation, *Anmerkung İbİs*), aber die VHS unterrichtet den Sprachkurs, weil die das einfach kann, weil sie da Kompetenzen hat."

Im Rahmen der Umfrage konnten die Institutionen Ideen einbringen, was aus ihrer Sicht die Vernetzung stärken würde. Sechs Institutionen sprachen sich hierbei insbesondere für die Einrichtung einer festen Vernetzungsstruktur etwa in Form eines Runden Tisches oder einer ähnlichen, dauerhaften Institution aus. Hierbei wurde angemerkt, dass

insbesondere die MSOs einbezogen werden sollten. Eine Idee im Rahmen der Experteninterviews war, in der Stadtverwaltung eine koordinierende Stelle zu schaffen, welche die Vernetzung, aber auch die Schaffung von Transparenz begleitet (s. u.).

6. Schaffung von Transparenz im Integrationsbereich

Bereits bei der Wirksamkeit der Angebote wurde deutlich, dass mangelnde Transparenz ein Problem beim Erreichen der Menschen mit Migrationshintergrund ist. Dieser Eindruck wird im Rahmen der Umfrage an anderer Stelle bestätigt: 31 der befragten 47 AkteurInnen gaben an, dass mehr Transparenz bezüglich der Angebote geschaffen werden sollte.

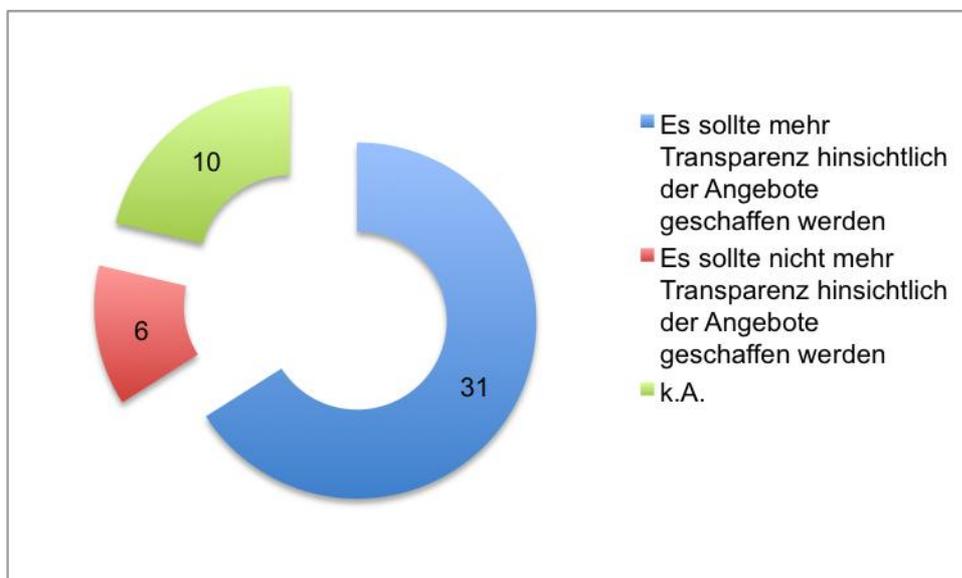


Abbildung 13: Anzahl der Institutionen nach Bedarf nach Transparenz

Nur 16 AkteurInnen meinten, mehr Transparenz sei nicht notwendig. Hierzu zählten sechs KiTas und drei Schulen, sowie vier Vereine aus dem Bereich Sport und Musik. Hervorzuheben ist, dass nur eine MSO deutlich machte, dass keine weitere Transparenz wichtig sei. Dies deckt sich ebenfalls mit den Ergebnissen der Experteninterviews: acht der befragten ExpertInnen wiesen darauf hin, dass mehr Transparenz bezüglich der Angebote geschaffen werden müsse. Insbesondere ältere MigrantInnen seien schwierig zu erreichen, so eine türkischstämmige Expertin: "Die Jugendlichen brauchen das gar nicht in Stadtlohn, mehr die ältere Generation"



Insbesondere die Nutzung deutscher Medien wie z. B. Zeitungen sei problematisch. Eine spezielle Ansprache der MigrantInnen sei nötig, so die Expertin eines freien Trägers: "Wie kann man das, was an einem Ort ist anders publik machen als über die deutschen Zeitungen oder VHS-Programme? Es wäre spannend, da zu gucken, wie können wir das anders transportieren?" Auch Flyer auszulegen ist nach der Erfahrung einer türkischstämmigen ExpertIn nicht ausreichend: "Ich habe im Kulturverein jede Menge Flyer, der selbe Pack steht da immer und da tut sich nichts."

Im Rahmen des interkulturellen Gesprächskreises berichteten Teilnehmerinnen mit Migrationshintergrund, dass die persönliche Ansprache und die Mund-Zu-Mund-Propaganda wichtige Werkzeuge seien. Dies unterstrich auch ein türkischstämmiger Experte: "Viele wissen nicht wo sie hingehen sollen oder wo was ist. Deswegen kommen die (zu uns, *Anmerkung İbİS*), die hören: „Türkisches Vereinshaus, geh mal dahin, der (Leiter des Vereins, *Anmerkung İbİS*) hilft euch.“ Problematisch an der Mund-Zu-Mund-Propaganda ist laut einer Expertin eines freien Trägers, dass hier kaum nachprüfbar ist, an wem der Kommunikationsfluss vorbeigeht. Zudem sei die persönliche Ansprache kein Garant für Erfolg, so die Erfahrung einer Integrationskursleiterin: "Aber auch wenn man denen (den MigrantInnen, *Anmerkung İbİS*) sagt, da gibt es das und das, dann machen sie das nicht. Wenn einer einen (Menschen mit Migrationshintergrund, *Anmerkung İbİS*) an die Hand nimmt, (...) dann ist es leichter."

Hilfreich für die Transparenz wäre, wenn die Institutionen ihre Angebote niederschwellig direkt vor Ort in den MSOs vorstellen könnten, so eine türkischstämmige Expertin. Aber auch bestehende Plattformen wie z.B. das Frauencafé oder den interkulturellen Gesprächskreis zu nutzen wäre vorteilhaft. „Da müsste vielleicht wirklich jemand (...) in den Vereinen selber kommen und dann einen Abend machen, wo er das (das Angebot der eigenen Institution, *Anmerkung İbİS*) erklärt. Und da sollte jemand vom Verein dabei sein, der mit der Stadt zusammenarbeitet und der das (nötige, *Anmerkung İbİS*) Netzwerk hat." Einen niederschweligen Zugang hätten auch die freien Träger, so eine Expertin der Kreisverwaltung. Dieser sei nicht zu unterschätzen, weswegen auch in Zukunft diese Träger besonders stark einzubinden seien. Aber auch Expertinnen einer KiTa merkten an, dass sie niederschwellig Frauen mit Migrationshintergrund erreichen.

Im Rahmen der Umfrage wurden einige konkrete Vorschläge gemacht, wie mehr Transparenz geschaffen werden kann. Hier schlugen die AkteurInnen zum einen vor, die Angebote über das Internet, z.B. die Internetseite der Stadt bekannter zu machen.



Eine Möglichkeit sei ein interkultureller Veranstaltungskalender. Hierfür sei auch eine verstärkte Kooperation zwischen Stadtverwaltung und Vereinen wünschenswert. Die Idee, Informationen in verschiedenen Sprachen zu publizieren wurde in der Umfrage von verschiedenen Seiten gemacht. Die Relevanz der persönlichen Ansprache wurde ebenso unterstrichen. Aber auch die Nutzung und der Ausbau bestehender Angebote und Veranstaltung für die Schaffung von Transparenz wurde angemerkt.

7. Rolle der Stadtverwaltung im Integrationsprozess

Bei den Experteninterviews und in der Umfrage wurden Ideen zur künftigen Rolle der Stadtverwaltung beim Integrationsprozess in Stadtlohn geäußert. Grundsätzlich wurde dabei die bisherige Arbeit der Stadt äußerst positiv hervorgehoben. Es gab jedoch auch kritische Stimmen. So äußerte ein türkischstämmiger Experte: "Die Stadt soll gemeinsam mit den ausländischen Mitbürgern etwas unternehmen, damit wir uns näher kommen und über Probleme reden können. Das wird jetzt gemacht, aber das ist etwas spät gekommen, das hätte vielleicht schon vor zwanzig Jahren gemacht werden sollen."

Bezüglich der künftigen Rolle der Stadt wurde in der Umfrage besonders deutlich, dass man sich ein aktiveres Engagement bei der Schaffung von Transparenz wünscht, z.B. über einen online Veranstaltungskalender oder die Nennung von AnsprechpartnerInnen. Hier sind Linksammlung auf der Seite der Stadt, die Liste der Vereine sowie die Übersicht über Termine und Veranstaltungen der Verwaltung ein Anfang (<http://www.stadtlohn.de/staticsite/staticsite.php?menuid=502&topmenu=462&keepmenu=inactive>). Dies wäre auch ein wichtiges Hilfsmittel bei der Vernetzung, so einige der Befragten.

Zusätzlich wurde gerade im Rahmen der Befragung angeregt, eine Stelle zu schaffen, die Ansprechpartner ist, Veranstaltungen wie z. B. das Fest der Kulturen weiter organisiert und die Vernetzung der AkteurInnen koordiniert. Die Schaffung einer solchen Stelle wurde z. T. auch in den Experteninterviews angeregt. So äußerte die Expertin der Fachbereiches Jugend und Familie des Kreises Borken: "Die Stadtverwaltung sollte alles koordinieren. Das muss in der Verwaltung implementiert sein und auch die einzelnen Fachbereichsleiter müssen (darüber Bescheid, *Anmerkung İbİS*) wissen (...). Die Stadt muss die Hauptrolle bei Organisation, Struktur, Koordination haben, aber die Aus-



führung nicht. Da sind die freien Träger gefragt. Welcher freie Träger hat in Stadtlohn festen Boden unter den Füßen und kann hier (in Rückkopplung mit der Stadtverwaltung, *Anmerkung İbİs*) noch aufstocken?“

Neben der koordinierenden Rolle wurden weitere Kompetenzen angesprochen, z. B., dass diese Stelle direkter Ansprechpartner für MigrantInnen bei ihren Problemen sein oder auch eine Dolmetscherfunktion umfassen sollte. Dazu meinte eine türkischstämmige Expertin: "In der Stadt müsste jemand sein, der sich gut auskennt mit den Kulturen (...). Früher gab es (...) eine Person, die den Ausländern, wenn die neu zugezogen sind, geholfen hat. Der (Ansprechpartner, *Anmerkung İbİs*) kannte die türkische Kultur und die deutsche (Kultur, *Anmerkung İbİs*). (...) Wo die Leute beruhigt hingehen können und wissen, der gehört zu mir, der kennt mein Problem. Wenn die (Menschen mit Migrationshintergrund, *Anmerkung İbİs*) Deutsche sehen, haben sie oft erst einmal mehr Hemmungen und erzählen nicht alles." Hier gilt es natürlich zu prüfen, was bereits im Zitat der Mitarbeiterin Fachbereiches Jugend und Familie des Kreises Borken angesprochen wird – wo liegen Kompetenzen anderer Institutionen wie z.B. der freien Träger, damit keine Parallelstrukturen aufgebaut werden. Dies klang auch im Kommentar einer Mitarbeiterin einer KiTa an: "Die Stadt macht alles das, was wir schon hinter uns haben, was wir schon anbieten. Da frage ich mich, was bleibt da jetzt noch für uns? Was sollen wir noch anbieten?"

Positiv wurde die Idee der Stadt gesehen, ein Lotsenprojekt zu initiieren. Die Expertin, welche Sprachkurse an der VHS gibt, bemerkte hierzu: "Lotsen finde ich wichtig, aber auch, dass man sie richtig (vermittelt, *Anmerkung İbİs*), damit man (sprich ein Lotse oder eine Lotsin, *Anmerkung İbİs*) weiß, da sind jetzt neue Leute gekommen, (um zu diesen Kontakt aufzunehmen, *Anmerkung İbİs*)."

Einige ExpertInnen äußerten auch, dass es gut wäre, einen Ansprechpartner für Projektideen zu haben, der auch über ein kleines Budget verfügt. Die Expertin eines freien Trägers meinte: „Ich würde mir wünschen, dass die (MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung, *Anmerkung İbİs*) offen für viele kleine Projektideen wären und dass es da jemanden gäbe, zu dem man gehen könnte und sagen könnte "Ich habe da eine Idee" und es gibt dann Unterstützung bei der Umsetzung."

Auf ein unterstützendes Budget in Notfällen zurückgreifen zu können wurde auch von der Expertin einer Schule begrüßt. Vieles würde niederschwellig direkt an der Schule geregelt, z.B. wenn Kinder aus finanziellen Gründen vom Elternhaus keine Materialien



für die Schule bekämen. Dann würde die Schule hier direkt unterstützen. Aber größere Anschaffungen würden die Ressourcen übersteigen.

Die Expertin eines freien Trägers schilderte die Problematik, dass gerade für größere Familien in Stadtlohn nicht genügend bezahlbarer Wohnraum vorhanden sei und wünschte sich die Schaffung mehr sozialen Wohnraums durch die Stadt.

Darüber hinaus wurde die generelle interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung thematisiert. So sprachen die TeilnehmerInnen des interkulturellen Gesprächskreises an, mehr Menschen aus anderen Kulturen als Mitarbeiter in der Verwaltung einzubinden, auch auf Grund der sprachlichen Verständigung.

Alle ExpertInnen waren sich jedoch einig, dass die Stadt im Integrationsprozess nicht alleine in der Pflicht sei, sondern jeder seinen Teil hierzu beizutragen habe.

Zudem warnten die ExpertInnen davor, übertriebene Hoffnungen an einen Integrationsprozess zu haben, der nun von der Stadt initiiert werde. Eine Expertin für Sprachkurse an der VHS bemerkte in diesem Zusammenhang: „Auch wenn man mehr macht, erreicht man niemanden, der nicht so stark am öffentlichen Leben teilnehmen will.“ Ähnlich argumentierte die Expertin einer KiTa: "Man kann nicht alles übers Knie brechen und denken, dass muss sofort funktionieren. Man muss Vertrauen aufbauen, das ist ein Prozess."